

WPS 486
Fair für Kinder

Berlin, 24. August 2017

Frage 1:

Wie soll zukünftig die steuerrechtliche Behandlung Alleinerziehender aussehen? Wann sind mit Reformen im Steuerrecht zugunsten von Alleinerziehenden-Familien zu rechnen?

Antwort:

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Das gilt besonders für Alleinerziehende Eltern. Sie bei ihren besonderen Herausforderungen zu unterstützen, ist aus Sicht der SPD eine zentrale familienpolitische Aufgabe. Wir haben daher bereits in der laufenden Legislaturperiode Verbesserungen für Alleinerziehende und ihre Kinder durchgesetzt: Auf Betreiben der SPD wurde der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende fast verdoppelt und an die Zahl der Kinder im Haushalt angepasst. Und wir haben die Unterstützung für all jene erheblich ausgeweitet, bei denen der Kindesunterhalt vom anderen Elternteil ausbleibt. Den Unterhaltsvorschuss gibt es künftig ohne Altersgrenze und ohne Höchstbezugsdauer. Wir wollen die Lebenssituation von Ein-Eltern-Familien auch künftig weiter verbessern: Die derzeitige Besteuerung von Familien ist nicht mehr zeitgemäß und benachteiligt insbesondere alleinerziehende Eltern. Wir wollen das Steuerrecht stärker auf die Förderung von Kindern ausrichten, unabhängig von der Familienform. Deshalb führen wir einen steuerlichen Familientarif mit Kinderbonus ein. Jedes Elternteil kann dann 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen.

Frage 2:

Was wird Ihre Partei in der kommenden Legislatur im Falle einer Regierungsbeteiligung unternehmen, um das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern deutlich zu senken?

Antwort:

Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch: Schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport – und damit schlechtere Zukunftschancen. Auch hier kann Deutschland mehr. Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarktteilhabe und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt. Zeit für die Kinder zu haben und zugleich im Beruf das Auskommen der Familie zu sichern, ist insbesondere für Alleinerziehende ein täglicher Kampf, zumal mit jüngeren Kindern. Hier setzt unser Konzept einer Familienarbeitszeit an, mit der Möglichkeit einer Arbeitszeitreduzierung für bis zu 2 Jahre, die durch ein Familiengeld finanzierbar wird. Für

alleinerziehende Elternteile, die die Familienarbeitszeit auch allein beantragen, soll das Familiengeld 300 Euro im Monat betragen. Getrennt Erziehende mit einem gemeinsamen Antrag würden jeweils 150 Euro im Monat erhalten.

Frage 3:

Durch welche Maßnahmen wird Ihre Partei Bildung und Teilhabe von Kindern aus Ein-Eltern-Familien sicherstellen?

Antwort:

Wir haben den Kita-Ausbau in Deutschland maßgeblich vorangetrieben und dafür gesorgt, dass der Bund so viel Geld in frühe Bildung investiert wie nie zuvor – fast 2,5 Mrd. Euro in diesem Jahr. Gerade kürzlich haben wir ein neues Investitionsprogramm auf den Weg gebracht, mit dem der Bund 1,2 Milliarden Euro für 100.000 neue Kita-Plätze zur Verfügung stellt. Das ist sinnvoll angelegtes Geld, weil es bessere Chancen für alle Kinder bedeutet. Dank dieser Anstrengungen können wir erhebliche Fortschritte verzeichnen: Allein bei den Kindern unter drei Jahren ist die Zahl der Betreuungsplätze in den letzten zehn Jahren von knapp 300.000 auf mehr als 750.000 gestiegen.

Dieses finanzielle Engagement des Bundes wollen wir weiter steigern: für mehr Kita-Plätze, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Grundschulkindern, für mehr Qualität – und für bedarfsgerechte Betreuungsangebote auch zu anderen Tageszeiten als bisher. Damit Eltern, vor allem auch Alleinerziehende, erwerbstätig sein können und die Kinder gleichzeitig gut betreut sind.

Die derzeit regional höchst unterschiedlichen Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab - eine wichtige Entlastung auch für Alleinerziehende dort, wo sie heute noch ohne hinreichende Sozialstaffelung für die Betreuung zahlen müssen.